

" Keine Angst vorm Schulstreik!

Auch wenn LehrerInnen und Schulleitung mit Strafen drohen – sie können euch nicht daran hindern, am Streik teilzunehmen.

100.000 SchülerInnen und Schüler haben an den Schulstreiks im vergangenen November teilgenommen. Viele haben es sich zweimal überlegt, ob sie zum Streik kommen: Lehrer, Schulleiter und Medien haben an einigen Orten mit Drohungen und Einschüchterungen versucht, die Leute vom Streik fernzuhalten. Auch bei den Schulstreiks im Juni müssen wir uns auf solche Versuche einstellen – und uns deshalb klar machen, wie wir uns dagegen wehren können.

An einigen Schulen hieß es: Die TeilnehmerInnen am Streik werden mit einem schriftlichen Verweis bestraft, die Streikenden bekommen die doppelte Fehlstundenzahl eingetragen usw. Bei anderen Gelegenheiten haben Schulleiter den SchülerInnen sogar mit Anzeigen bei der Polizei gedroht, wenn sie an einer Demo teilnehmen.

Illegale Einschüchterung

Aber all diese Maßnahmen sind illegal. Für die Teilnahme an einer Demo dürfen keine Strafen verhängt werden. Auch für Schülerinnen und Schüler gelten die im Grundgesetz geregelten Grundrechte. Kein Schulleiter kann das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit aufheben, auch wenn er es noch so gerne möchte. Gegen all diese Maßnahmen kann man sich zu Wehr setzen, und die Erfahrungen zeigen auch, dass das funktioniert. Das wissen natürlich auch die Schulleiter. Sie wissen aber auch, dass viele sich allein von den Drohungen schon einschüchtern lassen und aus Angst vor Strafen nicht am Schulstreik teilnehmen wollen. Wenn ihr am 17. Juni in den Unterricht geht, anstatt für eure Bildung zu demonstrieren, dann haben diese Herrschaften ihr Ziel erreicht.

Schulpflicht vs. Versammlungsfreiheit

Die Gegner des Schulstreiks argumentieren, dass es ja immer noch die Schulpflicht gebe und man eben nach Schulschluss demonstrieren müsse. Diese Leute wissen, dass wir mit Demonstrationen in der Schulzeit viel mehr Aufmerksamkeit erregen und viel größeren Druck erzeugen. Sie wollen uns mit zweifelhaften juristischen Spielereien daran hindern, für unser Recht auf Bildung auf die Straße zu gehen. Doch wenn zwei Rechtsgüter – in diesem Falle Schulpflicht und Versammlungsfreiheit – im Widerspruch zueinander stehen, dann muss zwischen diesen Rechtsgütern abgewogen werden. Das sieht dann so aus:

„Schul(pflicht)gesetze und Rechtsverordnungen ermöglichen in allen Ländern eine kurzfristige Befreiung vom Schulbesuch aus wichtigen Gründen. Das gilt für familiäre Anlässe ebenso wie für religiöse Veranstaltungen. [...] Es geht nicht an, dass die Schule bei der Beurlaubung aus privatem Anlass großzügig verfährt, die Beteiligung an einer Demonstration hingegen ausnahmslos unterbindet“, so der Jurist Prof. em. Dr. Hermann Avenarius in der Frankfurter Rundschau vom 2. April 2003.

Wenn also die Teilnahme an einer Demonstration den Schulbesuch nicht ernsthaft gefährdet, dann können SchülerInnen durchaus dafür entschuldigt werden.

Allerdings muss es sich dabei um einen Einzelfall handeln, das heißt, es darf nur sehr selten vorkommen. Minderjährige SchülerInnen müssen sich von den Eltern entschuldigen lassen. Die Schule entscheidet anschließend, ob diese

Entschuldigung akzeptiert wird. Dabei spielt auch eine Rolle, ob der/ die Schüler/in Einfluss auf den Termin der Demo nehmen konnte.

Demonstrationsrecht erkämpfen!

Juristisch gesehen kann eine Schule also DemoteilnehmerInnen entschuldigen. Ob sie dies allerdings tut, liegt meist in ihrem eigenen Ermessen. Wir wollen aber unsere Demo nicht vom guten Willen des Klassenlehrers oder des Direktors abhängig machen.

Wenn ihr als Einzelpersonen mit eurem Lehrer verhandelt, ob er euch entschuldigt, könnt ihr oft Pech haben. Natürlich gibt es LehrerInnen, die die Forderung nach einem demokratischen Bildungssystem, das allen Jugendlichen eine gute Bildung bietet, unterstützen. Wenn der/ die Lehrer/in aber nicht von selbst bereit ist, euch zu entschuldigen, wird es etwas schwieriger. Denn dann müsst ihr an der Schule entsprechenden Druck erzeugen. Zum Beispiel könnt ihr mit vielen gemeinsam das Gespräch mit eurem Lehrer suchen. So seid ihr nicht allein und habt bessere Karten. Oder holt euch Unterstützung von dem/ der Verbindungslehrer/in. Schließlich ist es seine/ ihre Aufgabe, in Konflikten zwischen Lehrern und Schülern zu vermitteln. In vielen Fällen kommt ihr auf diese Weise zum Ziel: Ihr könnt am Schulstreik teilnehmen, ohne unentschuldigte Fehlstunden eingetragen zu bekommen oder anders bestraft zu werden.

Eine weitere Möglichkeit ist, dass die Bezirks- oder Stadtschülervertretung eine Vollversammlung einberuft. An dieser dürfen alle SchülerInnen teilnehmen. Wenn also die Vollversammlung zufällig zur gleichen Zeit und am gleichen Ort wie die Demo stattfindet, könnt ihr alle zur Demo gehen und euch dafür entschuldigen lassen.

Gemeinsam Druck machen

Wenn all das nichts hilft, bleibt nur eins: Ihr müsst an der Schule Öffentlichkeit erzeugen, um Lehrer und Schulleitung unter Druck zu setzen. Zum Beispiel könnt ihr einen Aushang am schwarzen Brett machen, in dem ihr die Schulleitung auffordert, euch ungestraft an der Demo teilnehmen zu lassen. Umso mehr Leute von eurem Problem wissen, umso mehr Leute darüber diskutieren und euch unterstützen, desto einfacher habt ihr es, euch durchzusetzen. Klar ist in jedem Fall: Wenn ihr konsequent bleibt, habt ihr gute Chancen, euch durchzusetzen. Und das ist allemal besser, als sich mit Drohungen ruhig stellen zu lassen. Schließlich wollen wir uns das Demonstrieren nicht verbieten lassen.

Verbündete suchen

Natürlich ist es sehr schwer, einen solchen Konflikt durchzuhalten. Holt euch deshalb die Unterstützung von Freunden und von Lehrern, die dazu bereit sind. Schließlich sind die LehrerInnen genauso Opfer der gegenwärtigen Bildungspolitik wie wir: Sie müssen in übergroßen Klassen arbeiten und haben unzumutbare Arbeitszeiten. Auch Eltern und die Elternbeiräte unterstützen in vielen Fällen die Forderung nach einer Schule für alle. Deshalb sind auch sie häufig wichtige Verbündete, wenn es darum geht, unsere Rechte zu verteidigen.

Aber die Versicherung?

Immer wieder werden SchülerInnen – besonders aus den unteren Jahrgängen – davor gewarnt, am Streik teilzunehmen, weil sie dort nicht versichert seien. Ein Frankfurter Schulleiter hat der SV seiner Schule gesagt: Wenn ihr zum Schulstreik aufruft, seid ihr verantwortlich für die jüngeren SchülerInnen, die mitkommen. Tatsache ist: In der Schule und auf dem Schulweg ist man gegen Unfälle usw. versichert. Das gilt auf der Demonstration natürlich nicht. Das bedeutet aber noch lange nicht, dass die SV oder irgendwelche Einzelpersonen in Haftung genommen werden können! Auch das ist eine unsinnige Behauptung des Schulleiters, um die SV politisch zu beeinflussen.

Wie gefährlich ist es denn nun, an einer der Schulstreik-Demos teilzunehmen? Die TeilnehmerInnen treffen sich und demonstrieren gemeinsam durch die Stadt. Ständig sind auch ältere MitschülerInnen dabei, die sich um Probleme der anderen kümmern können. Das Risiko, auf der Demo überfahren oder vom Blitz getroffen zu werden, ist sehr gering. Daher empfiehlt POSITION: Ob versichert oder nicht – mach mit beim Schulstreik.

Schulstreik09: Rechtliche Probleme – was tun?

An verschiedenen Schulen versuchten und versuchen Schulleiter einzelne SchülerInnen und ganze Schülerschaften mit Einschüchterungsversuchen und unwahren Behauptungen von der Teilnahme an der Demonstration am 12. November abzuhalten. Hier einige Beispiele/Szenarien, die sich tatsächlich zugetragen haben:

1. An einer Schule wird Schülern und Schülerinnen, die an der Demonstration teilnehmen wollen mit der Verhängung von Bußgeldern gedroht.
2. An einer anderen Schule wird bekannt gegeben, dass für den Schulstreik keinerlei Entschuldigungen akzeptiert werden.
3. An einigen Schulen wurde die Post mit Informationsmaterialien des Schulstreik-Bündnisses nicht an die Schülervvertretungen weitergeleitet.

Was hat es damit auf sich?

Zu 1.) Bußgelder: Die Verhängung von Bußgeldern ist in der Regel nur nach mehrmaligem unentschuldigtem Fehlen, sowie der Erteilung einer schriftlichen Abmahnung und dem abermaligen unentschuldigtem Fehlen möglich, nicht aber für das stundenweise einmalige Versäumen von Unterricht.

Zu 2.) Entschuldigungen: Ob eine von Eltern unterzeichnete Entschuldigung als Entschuldigung gilt oder nicht muss im Einzelfall geprüft werden. Die generelle Ablehnung von Entschuldigungen für einen ganzen Tag ist nicht möglich. Für den Fall das Entschuldigungen für den 17. Juni 2009 nicht akzeptiert werden, empfehlen wir über die Elternvertretungen an den Schulen auf die Schulleitungen einzuwirken. Außerdem weisen wir hiermit auf die Möglichkeit der Rechtsberatung und Rechtshilfe bei den Landesschülervvertretungen/Landesschülerräten hin.

Zu 3.) Post an die SV: Das Postgeheimnis ist ein Recht, das im Grundgesetz garantiert ist. Dies gilt auch in der Schule und darf nicht vom Schulsekretariat, von der Schulleitung, oder von einzelnen Lehrkräften verletzt werden. Die Post an die SV darf auch nur von den dazu berechtigten Menschen geöffnet werden. Bei Verletzung des Postgeheimnisses kann die SV von ihrem Beschwerderecht Gebrauch machen oder andere Schritte einleiten. Zum Postgeheimnis gehört auch, dass die SV niemandem berichten muss, welchen Inhalt die abgehende oder ankommende Post

hat. Gleiches gilt auch für Telefongespräche und Faxmitteilungen.

Weitere Tipps

Aufgrund der unterschiedlichen Zielsetzungen von dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit und der bestehenden Schulpflicht gibt es viele rechtliche Fragen.

1. SchülerInnen haben Grundrechte und dürfen demonstrieren
2. SchülerInnen unterliegen der Schulpflicht

Daraus folgt, dass jedeR die Schule für die Teilnahme an einer Demonstration verlassen darf, aber dafür mit einem Eintrag ins Klassenbuch wegen unentschuldigtem Fehlen (vom Ordnungsamt als Ordnungswidrigkeit bezeichnet) rechnen muss. Mehr rechtliche Konsequenzen sind für einmaliges Fehlen nicht möglich.

Diese Konsequenz kann sogar vermieden werden, wenn:

1. Die Schulleiter ihre Schüler für die Teilnahme an der Demonstration beurlauben, weil z.B. sie der Meinung sind, dass das Demonstrationsanliegen im Vergleich zum dadurch entstehenden Unterrichtsausfall schwerer wiegt. Da das Anliegen dem Bildungsauftrag der Schule entspricht und das Ziel nur am Vormittag verwirklicht werden kann, können die Schulleitungen Beurlaubungen aussprechen.

2. Oder / und durch eine unterschriebene Einverständniserklärung der Eltern für die Teilnahme von unter 18-jährigen SchülerInnen. Zusätzlich können die Eltern noch am nächsten Tag eine Entschuldigung mitgeben wie zum Beispiel: „Hiermit entschuldige ich das Fehlen meiner Tochter/ meines Sohnes am 17. Juni ab der 3. Stunde.“ Das wäre natürlich die sauberste Lösung. Aber auch ohne Beurlaubung kann jedeR an der Demo teilnehmen wie oben beschrieben.

Elternbrief
<Kontaktdaten eures Schülerbündnisses>

"Freie und bessere Bildung für alle!"

Liebe Eltern,

die momentanen Bedingungen im deutschen Bildungswesen sind miserabel. Es wird Zeit der Landesregierung zu signalisieren, dass wir mit ihrer aktuellen Bildungspolitik nicht einverstanden sind!

"Aufstieg durch Bildung" und "Bildung für alle" verspricht die Bundesregierung in ihrer neusten Imagekampagne. Doch die sogenannte Bildungsoffensive bleibt auch nach dem, von Frau Merkel am 22.10.2008 veranstalteten Bildungsgipfel nur Theorie. Die Ergebnisse des Bildungsgipfels sind eine Menge unverbindlicher Versprechungen - konkrete Finanzierungs- und Umstrukturierungskonzepte sucht man vergeblich.

Deshalb haben sich in ganz Deutschland Netzwerke aus Schüler- und Studentenbündnissen gebildet, die gemeinsam zu einem bundesweiten Schulstreik

am 17.06.2009 aufrufen. Nach einer ersten Demonstration im November 2008 mit bundesweit über 100.000 Teilnehmern wollen wir den Druck auf die Politik erneut verstärken. Auch in unserer Stadt werden wir Schüler, Eltern und Lehrer dazu auffordern, sich für ihr Recht auf gute Bildung einzusetzen.

Wir fordern ein demokratisches und soziales Bildungssystem!

- Nein zu Studien- und Schulgebühren jeglicher Art. Bildung ist ein Menschenrecht. Wir fordern kostenlose Bildung und Lernmittelfreiheit für alle! Die Kosten für Schulbücher und durch das Zentralabitur erforderliche Lektüren steigen stetig - dazu kommen Ausgaben für die Beförderung zur Schule.
Bildung - ein Gut nur noch für diejenigen, die es sich leisten können?

Nein zu Selektion und sozialer Ausgrenzung in den Schulen! Wir fordern ein soziales Bildungssystem, das alle SchülerInnen entsprechend ihrer individuellen Fähigkeiten fordert und fördert und sie nicht nach ihrer sozialen Herkunft selektiert!

- Nein zur Massenschülerhaltung! Wir fordern kleinere Klassen und die sofortige Einstellung von ausreichend LehrerInnen, um im ersten Schritt alle Klassen auf maximal 20 SchülerInnen zu begrenzen und volle Unterrichtsversorgung zu garantieren. Schluss mit dem ständigen Unterrichtsausfall!

Bildung ist ein Thema, dass uns alle direkt betrifft - Sie als Eltern und uns als Schüler. Die Struktur des aktuellen Bildungssystems wirkt sich unmittelbar auf Familien, ihr Umfeld und die gesamte Gesellschaft aus. Wir wollen keine Gesellschaft, in der finanzielle und soziale Faktoren die Bildungsmöglichkeiten von Schülern und Studenten bestimmen! Setzen Sie sich gemeinsam mit Ihren Kindern für ihr Recht auf gute Bildung ein und nehmen Sie am 17.6. an der Demonstration teil!

Mit freundlichen Grüßen,

Bitte um Freistellung

Sehr geehrte / geehrter Frau / Herr _____,

Hiermit bitte ich Sie meinen Sohn / meine Tochter _____ am 17. Juni 2009 vom regulären Unterricht der Schulstunden ____ bis ____ freizustellen, damit er/sie an diesem Tag an der bundesweiten Demonstration für eine bessere Bildungspolitik teilnehmen kann.

Wir bitten Sie, das Fehlen zu entschuldigen.
Mit freundlichen Grüßen,